

Die Union ist die einzige Volkspartei

Jürgen Rüttgers

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eine Geschichte der Volksparteien: Zwischen 1953 und 1994 lagen CDU und CSU bei Bundestagswahlen immer über vierzig Prozent, die SPD niemals unter dreißig Prozent. Die Volksparteien haben damit zu einer beispiellosen Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland beigetragen. Die Bonner Republik war deutlich anders als die Weimarer Republik. Nach dem Ende der Nazi-Barbarei konnte sich so die Demokratie in Deutschland durchsetzen und festigen. Dass wir heute auf sechzig Jahre Frieden, Freiheit und eine liberale Gesellschaftsordnung zurückschauen können, ist wesentlich den Volksparteien zu verdanken. Bonn war nicht Weimar. Berlin ist nicht Weimar. Aber es darf auch nicht dazu kommen, dass Berlin Weimar wird.

Die Bundestagswahl 2009 war eine historische Wahl. Denn die SPD hat mit dreiundzwanzig Prozent das historisch schlechteste Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg erzielt. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen, wo die CDU erstmals seit sechsundzwanzig Jahren bei Bundestagswahlen wieder vor der SPD lag. Allein im Ruhrgebiet, der „Herzkammer“ der Sozialdemokratie, hat sie 13,5 Prozent der Wählerstimmen verloren. Heute kann niemand mehr vom Stammland der SPD reden. Die Ursache ist klar: Die SPD hat ihre alte Stammwählerschaft nicht mehr erreicht, die Arbeiter und Facharbeiter. 2002 haben noch über dreiundvierzig Prozent der Arbeiter die SPD gewählt, 2009 nur noch vierundzwanzig Prozent –

ein Rückgang um fast zwanzig Prozent! Noch dramatischer ist der Einbruch bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern – hier hat die SPD gegenüber 2005 fast fünfzehn Prozent verloren. Diese Arbeiter waren von Anfang an immer die entscheidende Stütze der SPD gewesen. Die SPD hat in gewissem Sinne die Avantgarde der Arbeiterklasse verloren. Auch das ist eine historische Zäsur. Die SPD, die einmal die mitgliederstärkste Partei Deutschlands war, ist endgültig keine Volkspartei mehr. Die einzige verbliebene Volkspartei ist die Union. Die Mehrheit der Arbeiter und Facharbeiter hat bei der Bundestagswahl 2009 CDU und CSU gewählt. Diejenigen, die immer behauptet haben, es gebe in Deutschland keine bürgerlichen Mehrheiten mehr, sind widerlegt worden. Das sind die Botschaften dieser Wahl.

Nicht wenige Beobachter prophezeien allerdings auch der Union, dass sie diesen Status als einzige Volkspartei in Zukunft nicht halten kann. Die Skeptiker wenden ein, dass dieser Anspruch in einem Fünfparteiensystem ohnehin keine Zukunft habe. In anderen Ländern – wie zum Beispiel den Niederlanden – gebe es überhaupt keine Volksparteien mehr, und das sei nicht unbedingt zum Schaden der Demokratie. Und sie führen weitere Gründe an, warum das Modell der Volkspartei keine Zukunft habe: den Zerfall der Gesellschaft in viele einzelne Milieus, das „Ende der Ideologien“ jenseits von „rechts“ und „links“, die personelle Krise der Parteien, die Rolle der neuen Medien,

die Folgen der Großen Koalition oder einen zunehmenden Populismus am politischen Rand. Auch wird auf den für jeden Demokraten alarmierenden Anstieg der Nichtwähler hingewiesen, der sich durch einen neuen Rekord bei der Bundestagswahl zu bestätigen scheint: Mehr als drei Millionen Menschen, die 2005 noch für die Union, die SPD oder eine andere Partei gestimmt haben, sind dieses Mal nicht zur Wahl gegangen. Damit ist die Partei der Nichtwähler auf fast achtundzwanzig Prozent der Stimmberechtigten angewachsen. Eine verstärkte Tendenz zur Skandalisierung von Politik zerstört das Vertrauen in die Politik. Um das immer knappere Gut der öffentlichen Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, zerstören die Parteien ihr eigenes Fundament. Die Politiker sind aber nicht schlechter als früher. Eher ist die Welt mit ihren Problemen unübersichtlicher und komplexer geworden. Mancher mag da mit populistischen Rezepten nach Scheinlösungen suchen oder sich nach „starken Männern“ sehnen. Aber damit sind die akuten Probleme nicht zu lösen. Tatsache ist: All die genannten Gründe für die Krise des Modells Volkspartei und den Aufstieg von „Klientelparteien“ mögen richtig sein. Aber sind sie auch entscheidend?

Es gibt einen guten Grund, die Frage mit Nein zu beantworten. Er hat mit der schwindenden Einheit der Gesellschaft zu tun. Seit Jahren erleben wir eine wachsende Spaltung in unserer Gesellschaft. Ein Teil der wirtschaftlichen Eliten hat sich vom Rest der Gesellschaft abgekoppelt. Auch darin hat die größte Wirtschaftskrise seit dem Krieg ihre Ursache. Aber nicht nur die Eliten, sondern auch viele Menschen in den unteren Einkommensgruppen und viele Menschen, die Hartz IV bekommen, haben sich – wenn auch oft erzwungen – vom Kern der Gesellschaft entfernt. Die Furcht vor sozialem Abstieg wächst, vor allem im Mittelstand. Die Leistungsträger fürchten, dass

ihre Kinder keine Chance zu sozialem Aufstieg haben. Und die Menschen müssen heute ein Veränderungstempo aushalten, das noch nie so stark war. Die Arbeitswelten haben sich in den letzten zehn Jahren radikaler verändert als jemals zuvor. Jeder muss hochmobil sein. Jeder muss sich ständig weiterbilden. Jeder muss sich immer mehr vermarkten, im Betrieb oder auf dem Arbeitsmarkt. Darüber sind viele alte Sicherheiten verloren gegangen. Eine grundlegende Versicherung hat viele Menschen ergriffen. Darauf müssen Volksparteien eine Antwort finden. Nur Protest- und Klientelparteien müssen das nicht. Die SPD hat jedenfalls solche Antworten in den elf Jahren ihrer Regierungszeit in Berlin, aber auch in den Ländern nicht gefunden. Deshalb ist sie keine Volkspartei mehr. Doch auch die CDU als letzte verbliebene Volkspartei muss sich der veränderten Lage stellen. Es ist nicht zwangsläufig, dass sie Volkspartei der Mitte bleibt, wenn die linke ehemalige Volkspartei SPD auf Dauer eine von drei linken Parteien bleibt. Die Bundestagswahl 2009 hat gezeigt, dass die CDU weder von der Schwäche der SPD noch von der Popularität der Kanzlerin profitiert hat. Der Wahlsieg ist ein relativer.

Markenkern nicht aufgeben

Das Scheitern der SPD zeigt, was eine Volkspartei in Zukunft leisten muss, wenn sie diesem Schicksal entgehen will. Die erste Lehre heißt: Eine Volkspartei darf ihren Markenkern nicht aufgeben. Mit ihrer Identität verliert sie die Bindekräfte sowohl nach innen als auch nach außen. Darin liegt die eigentliche Ursache des Debakels der SPD. Sie hat sich zu sehr von ihrer Basis entfernt. Die Hartz-Gesetze waren der Auslöser. Sie haben elementare Regeln der Gerechtigkeit verletzt. Damit hat die SPD die Milieus preisgegeben, die sie früher gewählt haben. Sie hat ihr großes Thema verloren, Schutzmacht der

kleinen Leute zu sein. Aber auch die wirtschaftlichen Leistungsträger sehen bei ihr keine ausreichende Kompetenz mehr, um die globalen Probleme zu lösen: Nur ein- und zwanzig Prozent trauten ihr vor der Wahl Wirtschaftskompetenz zu, bei der Union waren es mehr als doppelt so viele, nämlich siebenundvierzig Prozent. Gerade hier rächt sich der Linksruck der SPD nach der Wahl in Hessen. Damit verliert sie sowohl die traditionellen Johannes-Rau-Wähler als auch die Helmut-Schmidt-Wähler. Das sind die Wähler, die die CDU für sich gewinnen kann – und zum Teil auch schon gewonnen hat, denn 870 000 Wählerinnen und Wähler sind bei der Bundestagswahl 2009 gegenüber der letzten Wahl von der SPD zur Union gewechselt, mehr noch als zu den Grünen!

Der Erfolg der Union gerade bei früheren SPD-Wählern liegt vor allem darin, wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen eine Einheit bilden, um für alle wählbar zu sein. Auch hier hat die SPD viele Fehler gemacht. Sie hat die Wirtschafts- gegen die Sozialpolitik ausgespielt und damit auch den Zerfall der SPD in einzelne Flügel forciert. Die Stärke der Union hat dagegen immer darin bestanden, weder auf die Allmacht des Marktes noch auf die Allmacht des Staates zu setzen. Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit und keine Sicherheit ohne Freiheit. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft wussten, wie elementar dieser Zusammenhang ist. Ihre große Leistung war, Wirtschaft und Soziales nicht mehr als Gegensatz zu sehen, sondern als Einheit. Diese grundlegende Haltung hat die CDU immer sowohl von der reinen Marktgläubigkeit der Neoliberalen als auch von der Staatsgläubigkeit der linken Parteien unterschieden. Das war und ist ihr Erfolgsrezept. Das war und ist ihr Markenkern. Deshalb ist sie die Partei der Mitte. Wer diesen Ausgleich aufgibt, gefährdet nicht nur seine Mehrheitsfähig-

keit, sondern auch seine Identität. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erfordert auch, sich nicht in einen Wirtschafts- und einen Sozialflügel spalten zu lassen. Das war immer die Stärke der Union: keine Partei zu sein, sondern eine Union aus Liberalen, Konservativen und Christlich-Sozialen. Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung und Sozialausschüsse gehören zusammen. Junge Union, Frauen-Union und Senioren-Union sind nur zusammen stark. Wer diese Einheit gefährdet, gefährdet den Erfolg der Union als Volkspartei. Das bedeutet auch: Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen sich in der CDU wiederfinden. Das geht nur, wenn Wirtschafts- und Sozialpolitik keine Gegensätze sind.

Partei für alle Schichten sein

Die zweite Lehre für die Volkspartei der Zukunft lautet: Eine Volkspartei ist eine Partei, die alle Schichten des Volkes vertreten. Sie ist für das Allgemeinwohl da. Sie muss darauf zielen, alle Menschen mitzunehmen und niemanden zurückzulassen. Dafür ist es von entscheidender Bedeutung, den solidarischen Sozialstaat zu erhalten. Für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft war klar: Der Markt schafft keine Werte, keine Gerechtigkeit, keine Solidarität. Ordnungspolitik heißt deshalb nicht nur Deregulierung, Privatisierung und Steuersenkung, sondern auch die Einhaltung der Regeln des solidarischen Sozialstaats: Staatliche Hilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe. Keine Leistung ohne Gegenleistung desjenigen, der etwas leisten kann. Jeder bekommt eine Chance. Keiner bleibt zurück. Aber vor allem: Leistung muss sich lohnen. Das ist der Kernsatz für das Programm einer Volkspartei. Deshalb muss jemand, der ein Leben lang gearbeitet hat, im Fall der Arbeitslosigkeit länger Arbeitslosengeld bekommen als jemand, der kaum gearbeitet hat. Aber „Leistung“ darf für eine Volkspartei nicht nur materielle Leistung

sein. Auch Lebensleistung muss honoriert werden, zum Beispiel die Leistung der Mutter, die ihre Kinder großzieht, oder die Leistung derjenigen, die sich in Ehrenämtern für das Gemeinwohl einsetzen, oder die Leistung derjenigen, die ein Leben lang hart arbeiten, auch wenn sie dabei nicht viel verdienten. Gerade deswegen haben diese Menschen es nicht verdient, am Ende ihres Arbeitslebens eine Rente unter dem Niveau von Hartz IV zu bekommen. Für sie brauchen wir eine Mindestrente, die darüber liegt. Und deshalb müssen wir die private Altersvorsorge stärken. Wer für sein Alter vorgesorgt hat, darf im Fall der Arbeitslosigkeit nicht wieder das meiste verlieren, sonst droht Altersarmut. Es ist ein wichtiger Schritt, dass das Schonvermögen bei Hartz-IV-Empfängern durch CDU und FDP – auf Initiative aus Nordrhein-Westfalen – jetzt deutlich erhöht worden ist. Nur mit einer Politik, die den Ordnungsprinzipien der Marktwirtschaft und des solidarischen Sozialstaats folgt, hat eine Volkspartei Zukunft.

Werte sind wichtig

Die dritte Lehre aus dem Debakel der SPD ist: Werte sind wichtig. Wer seine Glaubwürdigkeit aus machttaktischem Kalkül aufgibt, verspielt seine Chancen. Glaubwürdigkeit ist das höchste Gut für jede Partei. Der „Sündenfall von Hessen“ hat die SPD nachhaltig geschwächt. Die dreizehn Prozent in Hessen nach der versuchten Liaison der SPD mit der Linkspartei wirken im Nachhinein wie ein Menetekel für die Bundestagswahl. Die Linke ist eben keine Partei wie alle anderen. Und sie wird es so lange nicht, wie sie sich nicht von den Verbrechen der SED-Diktatur distanziert. Sie stellt die „Systemfrage“, kämpft für die Verstaatlichung der Energiekonzerne, propagiert einen unverantwortlichen und unfinanzierbaren Wünsch-dir-was-Katalog für „Reichtum für alle“, will den Austritt aus

der NATO und lehnt die Soziale Marktwirtschaft grundsätzlich ab – ganz zu schweigen von völlig absurdem Forderungen wie der Abschaffung des Religionsunterrichts und einem „Recht auf Rausch“ oder der Aufforderung zu sozialen Unruhen durch den Landesverband in Nordrhein-Westfalen. Wer ein solches Programm beschließt, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und ist nicht politikfähig. Ein solches Programm verhindert Investitionen und vernichtet Arbeitsplätze. Deshalb ist die Linke auch nicht die Partei der kleinen Leute. Sie steht nicht für die Einheit, sondern für die Spaltung der Gesellschaft. Deshalb wird der SPD auch ein weiterer Linksruck nichts nützen. Und solange sie ihr Verhältnis zur Linken nicht klärt, wird sie weiter Stimmen verlieren.

Einheit der Gesellschaft

Die vierte Lehre für die Volkspartei der Zukunft heißt: Sie muss die Herausforderungen der Zeit erkennen und den Mut haben, sie politisch zu beantworten. Die wichtigste Herausforderung ist heute – neben den globalen Dimensionen des Klimawandels, der Wissensgesellschaft und einer neuen, sicheren Weltordnung – die Einheit der Gesellschaft. In Zeiten eines dramatischen Wandels und immer neuer Verunsicherungen brauchen die Menschen neue Sicherheit. Wer das nicht wahrnimmt, bleibt Klientelpartei. Die Grünen sind dafür symptomatisch. Auch ihnen muss die Bundestagswahl trotz ihrer Zugewinne wie ein Menetekel an der Wand erscheinen: Sie sind inzwischen die kleinste im Bundestag vertretene Partei, noch hinter der Linken – für eine Partei, die sich bis heute als politische Avantgarde versteht, ist das nicht gerade ein Erfolgsmerkmal. Die Grünen müssen offener und flexibler werden für neue Wege und neue Koalitionen, sonst droht auch ihnen, auf Dauer eine reine Klientelpartei zu bleiben und damit die „Gefangen-

schaft“ im Generationenturm. Sie denken in großen Kategorien, in den Kategorien des Weltklimas und der globalen Gerechtigkeit – oder aber an die vielen kleinen Minderheiten, deren Rechte besser geschützt werden müssten. Aber sie beschäftigen sich kaum mit den sehr konkreten Problemen der Mehrzahl der Menschen, die unter immer mehr Konkurrenzdruck über die Runden kommen muss. Ihnen sind die kleinen Leute inzwischen noch ferner als der SPD. Der Blick für eine Politik, die die Einheit der Gesellschaft garantiert, ist ihnen abhandengekommen. Sie müssen ihn wiedergewinnen. Dann eröffnen sich neue Koalitionsmöglichkeiten. Jürgen Trittin und Renate Künast haben die Grünen in die politische Bedeutungslosigkeit geführt. Die neue „Jamaika-Koalition“ im Saarland zeigt aber, dass die Grünen nicht länger ausschließlich im „linken Lager“ verortet sind, denn sie findet bei den Anhängern der Grünen eine deutliche Unterstützung. Vierundsechzig Prozent der Grünen-Anhänger finden diese Koalition sogar als Option auch für andere Bundesländer gut. Und fünfzehn Prozent können sich vorstellen, beim nächsten Mal die Union zu wählen. Nicht nur für eine Generation wählbar zu sein ist das Merkmal einer Volkspartei.

Keine Partei kann sich der Verantwortung entziehen, überzeugendere Antworten zu finden, wie die Einheit der Gesellschaft in Zukunft bewahrt werden kann. Die Menschen erwarten von der Politik, dafür zu sorgen, dass die sozialen Unterschiede nicht zu unüberwindbaren Hürden werden. Gerade die CDU muss sich hier bewähren. Sie muss die Gesellschaft zusammenhalten. Sie muss den Menschen neue Sicherheit im Wandel geben. Sie muss soziale Aufstiegschancen für alle schaffen. Wohlstand für alle, nicht Reichtum für wenige – das ist das Versprechen Ludwig Erhards. Mehr denn je muss eine Volkspartei heute für neue Si-

cherheit sorgen. Sie darf nicht akzeptieren, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Ausgebildeten und nicht Ausgebildeten, zwischen Ost und West, zwischen Einheimischen und Zuwanderern immer weiter aufreißt. Sie muss dafür sorgen, dass soziale Unterschiede nicht zu unüberwindbaren Hürden werden. Sie muss dafür kämpfen, dass jeder die Chance zu sozialem Aufstieg bekommt. Sie muss alles dafür tun, dass jedes Kind die Chance hat, seine Talente und Fähigkeiten zu entfalten. Für ein menschliches Leben sind Gesundheit und Bildungschancen elementar – dass alle daran teilhaben können, ist Aufgabe einer Volkspartei.

Glaubwürdigkeit in Person und Programm

Die fünfte Lehre für eine Volkspartei der Zukunft heißt: Sie muss nicht nur ein klares, unverkennbares Programm haben, sondern glaubwürdig in Personen und Programm sein. Sie muss auch anders werden. Seit der Hochzeit der Volksparteien in den Siebzigerjahren hat sich die Parteiarbeit sehr verändert. Damals wurde in den Parteien viel diskutiert. Parteitage waren Orte der Debatte und Entscheidung. Die Parteien waren offen für Ideen und Personen. Es ging um Inhalte und um Richtungen. Der gegenwärtige Trend, kontroversen Grundsatzdebatten auszuweichen, weil Diskussion Streit heißt, muss beendet werden. Die Angst vor öffentlichen Diskussionen, die zum Rückzug in kleine Zirkel führt, muss überwunden werden, ebenso wie die Entscheidungsfindung von oben nach unten. Grundsatzfragen brauchen Zeit zu wachsen und zu reifen. Diese Zeit muss möglich sein, weil sonst auch keine Zustimmung wachsen kann. Die Agenda 2010 ist ein warnendes Beispiel. Auch die Kommunalpolitik muss wieder aus den Rathäusern zu den Menschen finden. Die Entpolitisierung und Entdemokrati-

sierung von zentralen Fragen örtlicher Politik durch die Verlegung von Entscheidungen in nicht öffentliche Aufsichtsratsitzungen kommunaler Unternehmen ist falsch. Politik darf nicht zu Inszenierung, Parteien dürfen nicht zu Werbeagenturen werden. Nur wer von sich überzeugt ist, kann auch andere überzeugen. Nur wer weiß, was die Menschen bewegen, kann sie auch bewegen.

Soziale und kulturelle Mehrheiten

Die sechste Lehre für Volksparteien hat mit der Art zu tun, mit der Parteien auftreten. Wer Volkspartei sein will, braucht Mehrheiten nicht nur bei seinen Stammwählern. Eine Partei, die mehrheitsfähig sein will, muss nicht nur ökonomische Mehrheiten gewinnen, sondern auch soziale und kulturelle Mehrheiten in der Gesellschaft erringen. Das ist heute schwieriger als früher. Die Spannbreite der Interessen und Lebenswelten, die gebündelt werden müssen, ist sehr groß geworden. Ideologien, die gesellschaftliche Gräben überwinden, fehlen, was auch ein großer Fortschritt ist. Das Desinteresse an Politik ist aber nicht nur beklagenswert, sondern auch ein Zeichen, dass viele mit der politischen Situation in Deutschland wenn schon nicht zufrieden, so doch auch nicht so unzufrieden sind, dass sie protestieren.

Das Wichtigste ist aber, dass sowohl die Parteien als auch das Parteiensystem nicht mehr das Lebensgefühl vieler Menschen ansprechen. Das hat viel damit zu tun, wie Politiker im Medienzeitalter auftreten. Das tun sie häufig sehr exaltiert. Sie reden nur noch in Superlativen: Alles ist nur krisenhaft, katastrophal und unerträglich. Und jede Gelegenheit der Selbstdarstellung wird genutzt. Hinzu kommen Wechselbäder von Alarmismus oder aber Gesundbeterei. Das Ganze findet vor dem Hintergrund organisierter Unverantwortlichkeit statt. Jeder redet bei allem mit, aber selten ist jemand verantwortlich. Wenn dann noch aus jedem Fehler ein

Skandal wird, ist die Grundlage gelegt für eine Erosion unseres Parteiensystems.

Die vielleicht wichtigste Botschaft der Wahl für eine Volkspartei ist: Sie muss den Menschen zuhören, allen Menschen. Sie muss die Probleme der Menschen zu ihren Problemen machen, denn ohne Empathie gibt es keine Sympathie. Und sie muss Antworten auf ihre drängenden Fragen geben. Sie muss den Menschen glaubwürdig sagen: Wir lassen euch mit euren Sorgen nicht allein. Ihr könnt euch auf uns verlassen. Was auch geschieht, ihr könnt auf Solidarität bauen. Und sie muss dann auch danach handeln. Deshalb ist es so wichtig, dass die Union keine materialistische, sondern eine wertegebundene Politik macht. Wertegebunden heißt, nicht mit einem technokratischen Politikverständnis zu handeln, das mit Sachzwängen argumentiert und damit Menschen zu Objekten technokratischer Verwaltung macht. Entscheidend ist, dass Reformen nicht um der Logik der Systeme, sondern um der Bedürfnisse der Menschen willen gemacht werden. Das heißt nicht, den Menschen keine Veränderungen zuzumuten. Neue Sicherheit verlangt den Menschen Eigeninitiative, Eigenvorsorge und Selbstverantwortung ab. Sie bietet dafür aber eine Lebensperspektive an, die frei von Willkür und Existenzangst ist. Die Politik einer neuen Sicherheit muss die Gewissheit vermitteln, dass am Ende der Reformen das Leben wieder sicherer ist, nicht unsicherer und schwieriger. Sonst werden sich die Menschen verweigern. Mehr Eigenverantwortung muss deshalb einhergehen mit mehr Verlässlichkeit und Sicherheit. Das ist die Aufgabe der CDU. Das ist ihre Chance, aber auch ihre große Verantwortung und Verpflichtung: nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse des Allgemeinwohls. Es ist noch nicht zu spät.

Der Text entstammt dem gerade erschienenen Buch Jürgen Rüttgers (Hg.): „Berlin ist nicht Weimar. Zur Zukunft der Volksparteien“ (Klartext Verlag, Essen 2009).